

Einmal Kumpir mit Alles

REISEBERICHT. In den Pfingstferien besuchten 15 Studierende der RUB unter Leitung des Fachschaftsrates Jura die Özyegin Universität in Istanbul. Dort fand vom 5. bis zum 8. Juni das vierte vergleichende Verfassungsrechtsseminar statt.

Bereits im März diesen Jahres besuchten VertreterInnen und Studierende der Istanbul University die RUB zum gemeinsamen Verfassungsausgleichenden Seminar (:bsz 1117). Die Folgeeinladung nach Istanbul wurde von den RUB-JuristInnen gerne angenommen. Diese Studienfahrt stand unter dem Eindruck von Anschlägen in jüngerer Vergangenheit und einem durchgeführten Verfassungsreferendum. Denn im Vorfeld wurde in verschiedenen Medien von einer ausländerInnen- bzw. deutschenfeindlichen Stimmung berichtet.

Die Themenvielfalt und die Vorträge dieses Seminars waren spezieller und aktueller angelegt als noch die Vorträge des dritten Seminars an der Ruhr Universität. In Istanbul bauten die Vorträge auf den Seminar-Ergebnissen vom März zwar auf, aber die studentischen Vorträge an den akademischen Programmtagen standen im Vordergrund. Besonders bemerkenswert waren die Vorträge zum Bodycam-Einsatz durch PolizistInnen, den strafrechtlichen Problemen mit autonom fahrenden Fahrzeugen und die Diskussionen um den presserechtlichen Berichtigungsanspruch. Ebenso wurde

die derzeitige Lage in der Türkei besprochen und thematisiert.

Wissenschaftsfreiheit

Inner- und außerhalb der Universität gab es viele Möglichkeiten, mit den GastgeberInnen ins Gespräch zu kommen. Der Austausch über die Situation der Wissenschaft wurde allerdings meist in kleinem Kreis oder sehr leise geführt.

In der Türkei wurden nach dem Putschversuch im vergangenen Jahr alle DekanInnen ihrer Ämter suspendiert und auf Verbindungen zu den PutschistInnen und der Gülen-Bewegung geprüft. Unter diesem Eindruck stehe nun, so wurde uns berichtet, das Wissenschaftssystem, dessen Mitglieder aus Angst um Beruf und Freiheit in vorseilendem Gehorsam zu bestimmten Themen nicht mehr publizieren. Dieser Zustand ist für eine freie Wissenschaft sehr gefährlich. Denn gerade die Atmosphäre der Unvorhersehbarkeit für welches Verhalten ich mögliche Repressionen erfahren werde, erzeugt eine Situation, in der die freie Meinungsäußerung nicht mehr gewährleistet ist. Zu solchen sicheren Bedingungen



Deutsch-türkische JuristInnen: Freudestrahlende TeilnehmerInnen dank akademischer und sozialer Vernetzung in Istanbul.

Foto: Nevin Dinc

sollte die Lage in der türkischen Wissenschaft wieder zurückgeführt werden.

Sicherheit

Ein ganz anderes Bild konnten wir allerdings im außeruniversitären Bereich einholen. Die Stimmung in der Stadt ist nicht getrübt – das gesellschaftliche Leben scheint im Verhältnis zu der Situation in 2014 unverändert zu sein. An hochfrequentierten Plätzen patrouilliert mehr Polizei und auch das Militär. Spätestens beim Kumpir-Essen – eine traditionelle türkische Folienkartoffel mit Salat und Saucen als Füllung – merkten wir aber, dass zwischen Kartoffel und Döner immer

noch kein großer Unterschied besteht. Auch Asien und Europa sind nur eine Brückenlänge oder eine Fährfahrt voneinander entfernt. Ob mit oder ohne Referendum. Es gab vor Ort für uns praktisch keine Bedrohung. Auch in den nächsten Jahren soll deshalb der Austausch aufrechterhalten werden. Die Reisegruppe möchte sich an dieser Stelle beim AstA, der FSVK, dem Dekanat der Juristischen Fakultät und dem Fachschaftsrat Jura herzlich bedanken, dass die Fahrt realisiert werden konnte.

Gastautor :Arne Michels

Neueröffnung der Strandbar

CAMPUS. Die ehemalige Alternative zur Mensa war mehrere Semester lang geschlossen. Nun soll sie als Partylocation wiederbelebt werden.

Was im letzten Jahr noch Wunschtraum und Diskussionsthema war, wird nun wieder Realität: Die Strandbar auf dem RUB-Campus wird wieder mit Leben gefüllt. Nach der Eröffnung des Q-West im ehemaligen TutorInnenzentrum schienen sowohl Betreiber Akafö als auch die Studierenden ihr Interesse an dem runden Glasgebäude, seinen Liegestühlen und der Grillhütte verloren zu haben. Mit immer strengeren Auflagen für Partys auf dem Campus rückt die ehemalige Mittagspausalternative wieder in den studentischen und auch hochschulpolitischen Fokus.

Wer studiert, kann auch feiern?

Studieren und Party machen, das gehört eigentlich zusammen wie RUB und Beton, doch seit Jahren gestaltet es sich auf dem Campus immer schwieriger, zuletzt durch neue Brandschutzauflagen 2014/2015. Seither sind Partys im KulturCafé auf 200 Personen beschränkt. Vor allem kleine Fachschaften, welche einen Großteil ihrer Einnahmen durch selbstorganisierte Partys generieren müssen, sind hiervon betroffen.

Dabei war diese Verordnung nicht der größte Einschnitt in die Feiernkultur auf

dem Campus. Schon im Jahr 2010 wurden die größten Feten, die Gebäude-Partys der Fachschaften als Resultat der Loveparade-Ereignisse in Duisburg untersagt.

Viele große Partys verabschiedeten sich vom Campus und suchten sich fernab der Universität neue Bleiben. Die Feierlaune stagniert.

Wahlkampfthema Partylocations

Mit der nun bevorstehenden Wiedereröffnung der Strandbar lösen NAWI und GEWI eines ihrer Wahlversprechen ein: neue Partylocations auf dem Campus. Die fehlende Infrastruktur für studentisches Feiern war zwar bei allen Listen Wahlkampfthema, doch die Nutzung der Strandbar wurde selten vorgeschlagen. Meist rückte das KulturCafé in den Fokus. Dass Partys abseits der alltäglichen Orte (teilweise) unter freiem Himmel an der RUB möglich sind, beweisen die OrganisatorInnen der selbstorganisierten alternativen Semesterstartparty schon seit Jahren. Es bleibt abzuwarten, ob diese Freiluft-Feiernkultur das nächste große Party-Ding an der RUB wird.

:Justin Mantoan

StuPa gegen Studiengebühren

GEBÜHREN. Das Studierendenparlament (StuPa) spricht sich gegen Studiengebühren aus. Nur JuLis und RCDS enthalten sich.

Die Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) und die internationale Liste (iL) beantragten auf der achten Sitzung des 50. Studierendenparlaments (StuPa) den Antrag mit dem Titel „Wir lehnen Studiengebühren ab, auch für ausländische Studierende!“ Die Kernforderung des Antrags war der Wunsch, dass sich die Studierendenschaft der RUB gegen jede Art der Studiengebühren, insbesondere auch für ausländische Studierende, ausspreche. Hiermit protestieren die Juso-HSG und die iL gegen die jüngsten Koalitionspläne von CDU und FDP, in NRW Studiengebühren in Höhe von 1.500 Euro pro Semester für Nicht-EU-Studierende einzuführen (siehe :bsz 1129).

Gegen alle Studiengebühren

Bevor die ParlamentarierInnen über den Antrag abstimmen konnten, gingen zwei Änderungsanträge der JuLis ein, während der zweite Antrag eine grammatikalische Änderung vorsah, war ersterer politisch brisant und auf Höhe der Mutterpartei FDP: Man möge die Ablehnung gegen jede Art der Gebühren streichen, schließlich gebe es auch FDP-interne Vorschläge von nachgelagerten Gebühren, welche erst

nach einem erfolgreichen Studium zurückgezahlt werden würden. Diese seien sozialverträglich und könnten nicht abgelehnt werden. Unterstützung erhielten die JuLis vom RCDS.

Trotz diesem Widerstand wurde der Antrag mit zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

Widerstand von „Schwarz-Gelb“

Das StuPa stellt sich mit diesem Beschluss beinahe geschlossen gegen die Entscheidung der neuen schwarz-gelben Landesregierung, die das Studiengebühren-Modell nach baden-württembergischem Vorbild im Koalitionsvertrag verankert hat. Trotz der geringen Zahl der an der RUB betroffenen Studierenden von weniger als zehn Prozent setzt das StuPa ein Zeichen für eine internationalistische, weltoffene und solidarische Studierendenschaft. Dass die Jugendorganisation der FDP und der mit der CDU eng verbundene RCDS sich der Abstimmung enthielten, hat – wie man in Baden-Württemberg sagen würde – Geschmäcke.

:Justin Mantoan